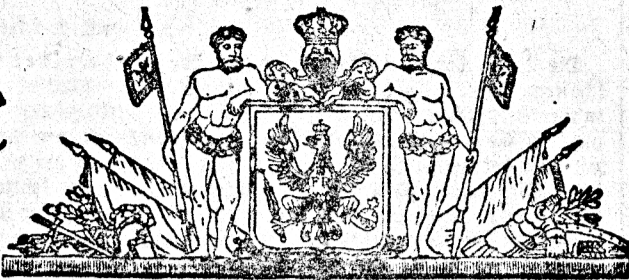


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin.

★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850 sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Sofortige Berufung des Reichstags.

Der Bericht des Hauptquartiers.

Meldung des Vossischen Telegraphen-Büros

Großes Hauptquartier, 3. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Secresgruppen Kronprinz Rupprecht und Soehn.

In Flandern wurden feindliche Angriffe nördlich von Staden, nordwestlich und westlich von Roefelare abgewiesen. Wir machten hierbei etwa 200 Gefangene. Ebenso scheiterten am Abend Seilangriffe des Gegners beiderseits der Straße Ypern-Menen. Armentières und Lens wurden in der Nacht vom 1. zum 2. Oktober kampflös geräumt. Wir bezogen rückwärtige Stellungen östlich dieser beiden Städte. Der Feind ist im Laufe des Tag teilweise nach starker Artillerievorbereitung auf verlassene Stellungen über die Linie Fleurbaiz-La Bassée-Culluch gefolgt. Vor Cambrai ruhiger Tag. Seilangriffe des Gegners aus der Schelde-Niederung bei und südöstlich von Rumilly wurden abgewiesen. Stärkere Angriffe und Vorstöße gegen unsere neuen Linien nördlich und südlich von St. Quentin scheiterten.

Secresgruppe Deutscher Kronprinz.

Südwestlich von Anizh-De Chateau und nördlich von Filain schlugen wir Seilangriffe des Gegners ab. Schleswig-holsteinische Regimenter verteidigten ihre Stellungen auf dem Rücken des Chemin-des-Dames gegen starke feindliche Angriffe. Vorfeldkämpfe vor unseren neuen Linien nordwestlich von Reims. Der Feind stand hier am Abend in Linie Chaudarde-Cornichy und dicht vor dem Niene-Ragal.

In der Champagne setzte der Franzose mit starken Kräften seine Angriffe östlich der Suispes, gegen St. Marie a Py, sowie zwischen Comme-Py und Monthois fort. Östliche Einbruchsstellen südlich von Orfeuil wurden in Gegenständen verkleinert. Auf der übrigen Front sind die Angriffe vor unseren Linien gescheitert. Auch beiderseits der Aisne und in den Argonnen blieben Seilangriffe des Feindes ohne Erfolg.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Im Fernbericht vom 1. Oktober ist im vorletzten Absatz statt „Bischofswedel Sollmann“ richtig zu lesen „Bischofswedel Zellmann“.



Jeder Taler ist ein Rekrut.
Die Reichsbank lehrt ihn
gegen den Feind marschieren
Daher zeichnet!

Die Aufgaben auf dem Balkan.

Meldung des Wiener L. E. Telegr.-Korr.-Büros.

Wien, 2. Oktober.

Die Blätter erfahren von ausländischer Seite über die militärische Lage auf dem Balkan u. a. folgendes: Bezüglich der Verpflichtungen, welche Bulgarien in militärischer Beziehung auf sich nahm, trafen noch keine genauen Nachrichten ein. Die Ereignisse überführten sich so, daß den österreichisch-ungarischen Truppen, die in Bulgarien eintraten, vorerst die Aufgabe zufiel, unjenseits militärischen und diplomatischen Stationen Schutz angedeihen zu lassen. Ueber neue militärische Unternehmungen seitens der Entente auf dem Balkan ist noch nichts bekannt. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß sie ihren Vormarsch fortsetzen wird mit der Absicht, mit kleinen Abteilungen auf Sofia vorzustoßen. Was auch mit dem Waffenstillstand sowohl auf Seite der Entente wie auf Seite der Bulgaren Maßnahmen eingetretten sein, für die österreichisch-ungarischen wie für die deutschen Truppen kann dieser Waffenstillstand selbstverständlich keine Geltung haben, und

unser Operationen in Albanien werden keine Unterbrechung erfahren. Bei Beurteilung der allgemeinen Lage ist immer im Auge zu behalten, daß sowohl Albanien wie auch Mazedonien nur Kriegsschauplätze von sekundärer Bedeutung sind und bleiben. Wir sind jedoch unter keinen Umständen geneigt, Italien an der Ostküste der Adria festen Fuß fassen zu lassen, da Italiens Ziel nur auf die Italianisierung Albanien gerichtet ist.

Das „Fremdenblatt“ schreibt zur Annahme der Waffenstillstandsbedingungen durch Bulgarien: „Bulgarien schreibt aus der Reihe der selbständigen Staaten, wenn die ungeheuerlichen Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages, den die bulgarischen Bevollmächtigten in Salonik unterzeichneten, wirklich erfüllt werden.“ Das Blatt betont sodann, daß es ein schwerer Fehler wäre,

sich der Erwartung hinzugeben, daß das Vorgehen Malinows nicht die Billigung der Subranje finden werde. Die Zentralmächte aber hätten mit dieser Möglichkeit gerechnet. Der Abfall des Bundesgenossen werde für sie keine nicht wieder gutzumachenden Folgen nach sich ziehen. Das Blatt fann nicht umhin, die Handlungsweise Bulgariens dem Vorgehen der Serben gegenüberzustellen, die weiter kämpften, trotzdem ihr ganzes Land erobert ist und schließt: „So wird denn Bulgarien von seiner eigenen Regierung ausgeliefert und bricht zusammen, nachdem noch vor wenigen Wochen seine führenden Männer sich in selbstbewussten Worten nicht genug tun konnten. Die Zentralmächte sehen den Folgen der bulgarischen Ereignisse mit kaltem Blut entgegen und werden im nahen Osten ihren Platz behaupten.“

Verhandlungen mit den Nationalliberalen.

Der neue Reichskanzler hat, wie wir erfahren, den Wunsch ausgesprochen, den Zusammentritt des Reichstages möglichst zu beschleunigen. Der ursprünglich mitgeteilte Termin, nämlich der 8. Oktober, wird keinesfalls abgewartet werden. Es ist sogar möglich, daß die feilher aufgetauchte Absicht, den Reichstag zum Sonnabend einzuberufen, ebenfalls bald überholt sein wird. Der Vorkommensauschuß des Reichstages, der heute mittag um 1 Uhr zusammentrat, um in dieser Frage zu entscheiden, vertagte sich ohne jede Beratung sofort wieder für 8 Uhr. In der Zwischenzeit sollen, wie wir hören, wichtige Besprechungen stattgefunden haben. Der Vorkommensauschuß wird bei seinem Wiederzusammentritt wahrscheinlich die Frage erwägen, ob das Placum des Reichstages, zum mindesten aber der Hauptauschuß, nicht schon zu morgen einberufen werden soll.

Eine weitere wichtige Veränderung in der parlamentarischen Lage ist darin zu erblicken, daß der Eintritt der Nationalliberalen in den Regierungsbund sich heute wieder mit Aussicht auf Erfolg diskutiert wird. Diese Wendung ist dadurch eingetreten, daß sich die Mehrheitsparteien offiziell an die nationalliberale Fraktion gewandt und ihr das Mehrheitsprogramm zum Zweck der Stellungnahme der Nationalliberalen überreicht haben. Die Mehrheit hat sich dahin ausgesprochen, daß das Vorsehen der nationalliberalen Parlamentarier in der Reichs-, bzw. preussischen Staatsregierung sehr wünschenswert sein würde.

In der Frage der Besetzung der Regierungskämter vertritt die Mehrheit den Standpunkt, daß es gerecht sein würde, wenn die Nationalliberalen ihren bisherigen Vorkommensauschuß an Regierungskämtern weiter behielten. Auch die Fortschrittliche Volkspartei wird sich in dieser Hinsicht voraussichtlich auf ihren Status quo beschränken. Sie dürfte außer Herrn v. Payer, der als Vizekanzler im Amt bleiben soll, keinen neuen Staatssekretär erhalten, und der preussische Ministerposten, der der Volkspartei zugesagt ist, bedeutet keinen Zuwachs, sondern ist nur die Einlösung eines Versprechens, das der Partei schon 1917 gemacht worden ist.

Diesen Standpunkt in der Personalfrage vermag die nationalliberale Partei allerdings nicht zu teilen. Es besteht aber die Hoffnung, daß sich in dieser Hinsicht eine Verständigung erzielen lassen wird, falls es gelingt, in der zweifellos wahlentlicheren Frage des Programms zu einer Einigung zu gelangen.

Aus diesen Mitteilungen über die voraussichtliche Zahl der fortschrittlichen Regierungskämter geht hervor, daß die heutigen Angaben des „Vorwärts“ über die Zusammenfassung der neuen Regierung im Reich unrichtig sind. Wie wir hören, handelt es sich lediglich um ein Projekt, das den Wünschen der Sozialdemokraten entspricht, von den anderen Mehrheitsparteien bisher aber nicht gebilligt wird.

Wenn die Annahme der Mitteilungen des „Vorwärts“ richtiger sind als die angeführten Einzelheiten, so würde, abgesehen von der parlamentarischen Zusammenfassung, an der neuen Regierung ausschließlich und wichtig sein, daß sie durch die kollegiale Beratung besonders wichtiger Fragen sich bis zu einem gewissen Grade dem Charakter eines Reichsregimentes annähert, ohne ihre Absichten zu erreichen. Dazu ist die grundsätzliche Gleichsetzung der Staatssekretäre gegenüber dem Reichskanzler, bzw. die Aufhebung ihrer Eigenhaft als Stellvertreter des Kanzlers, sowie aber auch das Stimrecht der einzelnen Staatssekretäre in einem Ministerrat.

Mit ähnlichen Einrichtungen kann man die vom „Vorwärts“ angegebene Zusammensetzung eines engeren Ausschusses, bestehend aus dem Reichskanzler, dem Vizekanzler und den beiden

Staatssekretären ohne Portefeuille mit der englischen Einlösung des Kriegskabinetts vergleichen.

Es ist schon mehrfach erwähnt worden, daß zwei neue Reichskämter gegündet werden sollen, nämlich ein Arbeitsamt und ein Presseamt. Leider ist bisher über die Befugnisse gerade des letzteren nicht viel bekannt geworden. Es soll eine Zusammenfassung der bisher unabhängigen Presseabteilungen der verschiedenen Ämter bilden, doch ist noch nicht klar, in welcher Richtung es sich zu betätigen haben wird. Nur von seinen Funktionen als Propagandaministerium wird gesprochen. Dagegen ist nicht gut zu verstehen, weshalb es die wichtigste Funktion auf dem ihm zuständigen Gebiet, nämlich die Ueberwachung der Zensur, nicht ausüben soll.

Schlieflich bleibt immer noch die Frage nach der Besetzung einiger wichtiger Reichs- und Staatsämter offen, von denen auch im „Vorwärts“ keine Rede ist. Es ist verwunderlich, daß die Mehrheitsparteien im Verkehr mit dem Kanzler bisher noch keine Dispositionen über die Besetzung des Reichs-Marineamts und des Kolonialamts, des Ernährungsamts und des preussischen Kriegsministeriums getroffen haben.

Die vom „Vorwärts“ aufgestellte Ministerliste, die mindestens zum Teil bereits als überholt gelten kann, lautet:

Reichskanzler: Reichskanzler: Prinz Max von Baden. Vizekanzler: v. Payer. Staatssekretäre ohne Portefeuille: Scheidemann und ein Zentrumsabgeordneter, ferner ein Sozialdemokrat als parlamentarischer Unterstaatssekretär.

Staatssekretariat des Außenern: Staatssekretär: Einer von drei vorgeschlagenen Diplomaten, die alle drei mit ihrer Ueberzeugung auf dem Boden des neuen Regierungsprogramms stehen. Zwei parlamentarische Unterstaatssekretäre.

Reichsarbeitsamt: Staatssekretär: Ein Sozialdemokrat. (Ueber die Person soll noch die Generalkommission der Gewerkschaften befragt werden.) Zwei parlamentarische Unterstaatssekretäre: Ein Fortschrittler und ein Zentrumsmann.

Reichsamt des Innern: Staatssekretär: Ein Zentrumsabgeordneter.

Reichspresseamt: Staatssekretär: Erzberger (Str.). Zwei parlamentarische Unterstaatssekretäre: Ein Fortschrittler und ein Sozialdemokrat.

Reichswirtschaftsamt: Staatssekretär (wie bisher) v. Stein, ferner ein Sozialdemokrat als parlamentarischer Unterstaatssekretär.

Reichsfinanzamt: Staatssekretär (wie bisher): Graf Koeber, ferner ein Zentrumsabgeordneter als parlamentarischer Unterstaatssekretär.

Preussisches Staatsministerium. Sozialdemokratie, Zentrum und Fortschrittspartei stellen je einen Minister.

Die Sozialdemokratie stellt also: einen Staatssekretär ohne Portefeuille (Scheidemann), den Staatssekretär des Reichsarbeitsamts, einen preussischen Minister, je einen Unterstaatssekretär bei der Reichskanzlei, beim Reichspresseamt, beim Reichswirtschaftsamt und beim Reichsernährungsamt (wie bisher, Dr. August Müller).

Der „Vorwärts“ teilt weiter mit, daß die Entsendung des Abgeordneten Scheidemann als Staatssekretär ohne Portefeuille auf Vorschlag des Abgeordneten Ebert durch einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes und des Fraktionsvorstandes erfolgt.